

## ZUR GEGENWÄRTIGEN SITUATION DER CHRISTEN IM NAHEN OSTEN

*Otmar Oehring*



Dr. Otmar Oehring leitet die Fachstelle Menschenrechte des internationalen Katholischen Missionswerks Missio

In seinem 1994 erschienenen Buch *Vie et Mort des Chrétiens d'Orient*<sup>1</sup> ging der französische Historiker Jean-Pierre Valognes, der einen Teil seines Lebens als Diplomat im Nahen Osten verbracht hat, der Frage nach, ob es im dritten Jahrtausend n. Chr. im Orient noch Christen geben werde. Valognes gab damals die ernüchternde Antwort: „Ohne Zweifel, aber sie werden nicht mehr zählen. Ohne den Bezugspunkt Libanon, wo sie sich erhobenen Hauptes bewegten, werden sie sich an den vorherrschenden Wertvorstellungen orientieren müssen und aufhören, sich zuerst als Christen zu verstehen. Damit wird eine der längsten Auseinandersetzungen der Geschichte bald verloren sein.“

Betrachtet man die gegenwärtige Situation der Christen im Nahen Osten, muss man leider befürchten, dass sich Valognes Voraussagen erfüllen könnten. In allen Ländern des Nahen Ostens nimmt der Anteil der einheimischen Christen an der Gesamtbevölkerung stetig ab. Das ist vor allem das Resultat des anhaltenden Exodus von Christen aus dem Nahen Osten. Ursache dafür ist in den meisten Fällen nicht – wie etwa im Irak – offene Gewalt gegen Chris-

**Betrachtet man die gegenwärtige Situation der Christen im Nahen Osten, muss man leider befürchten, dass sich Valognes Voraussagen erfüllen könnten. In allen Ländern des Nahen Ostens nimmt der Anteil der einheimischen Christen an der Gesamtbevölkerung stetig ab. Das ist vor allem das Resultat des anhaltenden Exodus von Christen aus dem Nahen Osten.**

1 | Vgl. Jean-Pierre Valognes, *Leben und Tod der Christen im Orient* (Paris, 1994).

ten, die den Verbleib im Heimatland unmöglich macht, sondern die allgemeine Perspektivlosigkeit. Die ist allerdings in vielen Ländern des Nahen Ostens auch für viele Muslime Anlass genug, von der Emigration zumindest zu träumen.

Alle zugänglichen Zahlenangaben über den Bevölkerungsanteil der Christen der Länder des Nahen Ostens und die Entwicklung ihres Bevölkerungsanteils an der Gesamtbevölkerung dieser Länder sind mit Vorsicht zu genießen, da sowohl die Regierungen der Länder der Region wie auch die dort vertretenen Kirchen im Hinblick auf die veröffentlichten Zahlen eigene Interessen verfolgen. Die in der folgenden Tabelle zusammengetragenen Zahlen sollen deshalb auch nur als Anhaltspunkt dienen:

Land	Einwohner	davon Staatsbürger	Christen (Anteil an Gesamtbevölkerung)
Bahrain	1.050.000	530.000	9 % = Ausländer
Irak	29.000.000	29.000.000	2 % = Staatsbürger
Jordanien <sup>2</sup>	5.300.000	5.300.000	5,6 % = Staatsbürger
Jemen	18.700.000	18.700.000	
Katar	928.650	80 %	70.000 = Ausländer
Kuwait	3.100.000	40 %	200.000
Libanon	3.700.000	alle	> 35 % = Staatsbürger
Oman	2.500.000	2/3	2,5 % = Ausländer
Palästina (Gazastreifen)	1,0–1,4 Mio.	alle	0,7 % = Ausländer
Palästina (Westjordanland)	1,5–2,3 Mio.	alle	8,0 % = Staatsbürger
Saudi Arabien	23.513.330	k. Angabe	1.500.000 (800.000 Katholiken) = Ausländer
Syrien <sup>3</sup>	17.200.000	17.200.000	10–15 % = Staatsbürger
Vereinigte Arabische Emirate	4.765.000	900.000	10 % = Ausländer

Quellen: Radio Vatikan, 30. März 2007; [http://www.catholic-church.org/kuwait/christians\\_in\\_kuwait.htm](http://www.catholic-church.org/kuwait/christians_in_kuwait.htm); <http://chiesa.espresso.repubblica.it/articolo/164081?fr=y>

2 | Gegenwärtig leben in Jordanien noch rund 600.000 irakische Flüchtlinge, mindestens fünf Prozent davon sind Christen. Sie sind in dieser Übersicht nicht berücksichtigt.

3 | Gegenwärtig leben in Syrien noch rund 1.100.000 irakische Flüchtlinge, mindestens fünf Prozent davon sind Christen. Sie sind in dieser Übersicht nicht berücksichtigt.

Sind schon verlässliche Zahlen über die in den Ländern des Nahen Ostens lebenden Christen kaum erhältlich, gilt dies erst recht im Hinblick auf konkrete Angaben zur Abnahme des christlichen Bevölkerungsanteils in diesen Ländern, nicht zuletzt auch deshalb, weil in vielen Ländern des Nahen Ostens bei Volkszählungen die Religionszugehörigkeit nicht abgefragt wird – so seit 1965 in der Türkei – oder Ergebnisse von Volkszählungen nicht veröffentlicht werden. Das hat natürlich auch mit Interessen der jeweiligen politischen Akteure zu tun. So soll der Anteil der christlichen Bevölkerung des Libanon 1970 – also vor dem Bürgerkrieg – knapp 60 Prozent der Gesamtbevölkerung betragen haben. Darauf stützt sich bis heute auch die nominelle Machtverteilung nach dem libanesischen Nationalpakt von 1943, der den Christen das Amt des Staatspräsidenten garantiert. Tatsächlich soll der Anteil der Christen mittlerweile aber auf maximal 35 Prozent – manche Quellen sprechen sogar von weniger als 30 Prozent – der Gesamtbevölkerung gesunken sein.

Mit ähnlich fragwürdigen Zahlen wird auch bezüglich des Irak operiert. Hier sind es Vertreter der christlichen Kirchen, die ihren eigenen Bevölkerungsanteil für die Zeit vor dem letzten Irakkrieg mit bis zu acht Prozent der Gesamtbevölkerung angeben. Bei einer für 2003 angenommenen Gesamtbevölkerung von rund 26 Millionen Einwohnern hätten damals rund 2.080.000 Christen im Irak gelebt. Mittlerweile wird der Anteil der Christen im Irak mit zwei bis drei Prozent der Gesamtbevölkerung von rund 29<sup>4</sup> bis 31<sup>5</sup> Millionen angegeben. Die Zahl der Christen müsste folglich noch zwischen 600.000 und 930.000 betragen. In den Päpstlichen Jahrbüchern von 2003 und 2009 wird die Zahl der katholischen Christen im Irak – 85 bis 90 Prozent aller dort lebenden Christen – mit 279.671 bzw. 293.899 angegeben.<sup>6</sup> Der Anstieg der katholischen Christen im fraglichen Zeitraum mag zunächst verwundern. Während aber die Gesamtbevölkerung in diesem

4 | Eine Schätzung vom Juli 2009 geht von 28.945.569 Einwohnern aus. Vgl. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/iz.html> [10.2.2010].

5 | Die Hochrechnung des IMF schätzt die Bevölkerungszahl auf 31.234.000. Vgl. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/01/weodata/weorept.aspx?sy=2006&ey=2009&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&c=433&s=NGDPD%2CNGDPDPC%2CPPPGDP%2CPPPPC%2CLP&grp=0&a=&pr.x=83&pr.y=17> [10.2.2010].

6 | Vgl. *Annuario Pontificio 2003* (Città del Vaticano: 2003); *Annuario Pontificio 2009* (Città del Vaticano: 2009).

**Der Anstieg der katholischen Christen im fraglichen Zeitraum mag zunächst verwundern. Während aber die Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum um mehr als 19 Prozent zugenommen hat, hat die katholische Bevölkerung nur um gut sechs Prozent zugelegt, was faktisch für eine massive Abwanderung katholischer Christen spricht.**

Zeitraum um mehr als 19 Prozent zugenommen hat, hat die katholische Bevölkerung nur um gut sechs Prozent zugelegt, was faktisch für eine massive Abwanderung katholischer Christen spricht.

Noch fragwürdiger als die Zahlenangaben hinsichtlich der einheimischen Christen in den Ländern des Nahen Ostens sind Zahlen hinsichtlich der in diesen Ländern als Arbeitsmigranten lebenden Christen, da für praktisch all diese Länder abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen verlässliche Zahlen fehlen. Eine dieser Ausnahmen ist das römisch-katholische Apostolische Vikariat von Kuwait, das die Zahl der Christen in Kuwait mit 200.000 beziffert und zudem angibt, dass in Kuwait 200 einheimische Christen leben, die zwölf großen Familien angehören.<sup>7</sup>

Auch wenn die nahöstlichen Christen von der muslimischen Bevölkerungsmehrheit nicht grundsätzlich abgelehnt werden, verweigert ihnen die Welt, der sie entstammen, doch sich zu entwickeln. Dabei spielt in vielen arabischsprachigen nahöstlichen Gesellschaften das Wiedererstarken eines unversöhnlichen Islamismus, der das Kriterium der konfessionellen Verschiedenheit betont, eine zentrale Rolle. Davon sind aber nicht nur Christen betroffen, sondern alle, die nicht so denken wie die Vertreter des Islamismus. In der Türkei ist nicht das Wiedererstarken des Islamismus das zentrale Problem der Christen, sondern ein starker Nationalismus, der alle ausschließt, die nicht türkischer Muttersprache sind und dem sunnitischen Islam angehören. Davon ist nach Schätzungen rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung betroffen. Im Iran schließlich sind es die Auswirkungen der bekannten Entwicklungen seit der islamischen Revolution 1979, die einem großen Teil der Bevölkerung – nicht nur den Christen – tagtäglich das Fehlen echter Zukunftsperspektiven vor Augen führen.

Sowohl im Hinblick auf die arabischsprachigen Länder des Nahen Ostens wie auch im Hinblick auf die Türkei oder den Iran wäre es allerdings falsch, die erwähnte gesellschaftliche Ausgrenzung der Christen als neues Phänomen zu beschrei-

7 | Vgl. [http://www.catholic-church.org/kuwait/christians\\_in\\_kuwait.htm](http://www.catholic-church.org/kuwait/christians_in_kuwait.htm) [10.3.2010].

ben. Sie mag jedoch in den letzten Jahren in einzelnen Ländern des Nahen Ostens noch einmal an Intensität zugenommen haben oder von den betroffenen Christen noch deutlicher wahrgenommen werden. Darauf angesprochen meinte ein Gesprächspartner in Syrien im Frühjahr 2008, als der alltägliche Gebetsruf durch das geöffnete Fenster zu hören war, man habe das Gefühl, dass der Gebetsruf des Muezzin in den letzten Jahren stetig lauter geworden sei.

Was sind die Gründe dafür, dass sich die Lage der Christen im Nahen Osten in den letzten Jahren so deutlich verändert hat? Eine einfache Antwort auf diese außerordentlich komplexe Frage ist nicht möglich. Neben den bereits genannten Aspekten spielen auch die zahlreichen internationalisierten regionalen Konflikte, der Palästinakonflikt, die Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und Griechenland, das Zypernproblem, der Bürgerkrieg im Libanon und die drei Golfkriege eine wichtige Rolle. Zu berücksichtigen sind schließlich auch politische Umwälzungen in einzelnen Ländern des Nahen Ostens, die mittelbar oder unmittelbar Folge von internationalisierten Konflikten in der Region sind.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in den Ländern des Nahen Ostens wird nicht nur von Beobachtern außerhalb des Nahen Ostens, sondern auch von moderaten Muslimen immer wieder auf die Bedeutung christlicher Präsenz in den Ländern des Nahen Ostens hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es diese Präsenz noch lange geben möge. Viele moderate Muslime, die sich so äußern, sehen die kulturelle und religiöse Vielfalt sicher als Wert an sich. Sicher fürchten viele von ihnen aber auch, dass in einem Nahen Osten ohne christliche Präsenz sie selbst noch deutlicher Zielscheibe islamistischer Gruppen werden könnten, als das schon jetzt der Fall ist.

Das Zusammenleben der Christen – wie auch der Juden – mit der muslimischen Bevölkerungsmehrheit des Nahen Ostens war zudem schon immer von Spielregeln bestimmt, die Christen und Juden akzeptieren mussten. So ist es beispielsweise keine neue Entwicklung, dass Christen in den Ländern des Nahen Ostens in der Regel überhaupt keine oder zumindest keine wichtigen Positionen im politischen Bereich, im Bereich der Staatsverwaltung,

**Das Zusammenleben der Christen – wie auch der Juden – mit der muslimischen Bevölkerungsmehrheit des Nahen Ostens war zudem schon immer von Spielregeln bestimmt, die Christen und Juden akzeptieren mussten. So ist es beispielsweise keine neue Entwicklung, dass Christen in den Ländern des Nahen Ostens in der Regel überhaupt keine oder zumindest keine wichtigen Positionen im politischen Bereich, im Bereich der Staatsverwaltung und bei den Streitkräften einnehmen können.**

tung und bei den Streitkräften einnehmen können. Dass es im Irak unter Saddam Hussein und in Syrien auch heute noch Beamte und Offiziere selbst in höchsten Funktionen gibt und einige Christen Jordanien als Botschafter im Ausland vertreten, widerlegt diese Aussage nicht. Denn ein wichtiger Posten mag zwar nach außen als solcher erscheinen – entscheidend ist aber, welchen Einfluss der Stelleninhaber tatsächlich hat. Das zeigt sich auch bei christlichen Politikern wie Tariq Aziz, der von 1983 bis 1991 Außenminister sowie von 1979 bis 2003 erster Vizepremierminister – aber eben nur Vizepremierminister – des Irak war, was in der Rückschau für ihn auch ein Glücksfall gewesen sein mag. Ein weiteres Beispiel ist Boutros Boutros-Ghali, der spätere Generalsekretär der Vereinten Nationen, der von 1977 bis 1991 Staatsminister im ägyptischen Außenministerium und bis zu seiner Wahl zum UN-Generalsekretär am 3. Dezember 1991 stellvertretender Außenminister Ägyptens war, aber nie Außenminister wurde.

Sehen wir uns nun drei konkrete Länderbeispiele, den Irak, Syrien und den Libanon etwas genauer an.

### **CHRISTEN IM IRAK**

Unter Saddam Hussein ging es den Christen im Irak besser – vergleicht man ihre damalige Situation mit ihrer heutigen. Wie die gesamte Bevölkerung hatten sie sich an die brutalen Spielregeln eines Terrorregimes zu halten, das die Grundfreiheiten praktisch abgeschafft hatte. Da sich das Regime aber nur auf die Sunniten (rund 40 Prozent der Bevölkerung) stützen und sich damit nicht des Rückhalts der schiitischen Bevölkerungsmehrheit sicher sein konnte, versuchte es seine Machtbasis u.a. durch die mehr oder weniger erzwungene Einbindung der christlichen Minderheiten zu stabilisieren. So wurden die Christen, die über einen vergleichsweise hohen Bildungsgrad verfügten und für den Aufbau des Landes von Bedeutung waren, unfreiwillig zu Unterstützern des Saddam-Regimes, das seinerseits viele Christen in Arbeit und Lohn setzte und den christlichen Kirchen entgegenkam. Dass dieses Spiel bei einem Sturz des Regimes unkalkulierbare Folgen haben würde, war abzusehen. Widerstand gegen die Vereinahmung wäre aber schon im Ansatz tödlich gewesen.

Allein schon wegen des faktischen Missionsverbots und des ergänzend dazu geltenden Konversionsverbots wird man dem „alten“ Irak zwar nicht die Garantie individueller und kollekti-

ver Religionsfreiheit zusprechen können, dennoch erfreuten sich die christlichen Kirchen eines großen Entfaltungsspielraums. Sie konnten sich im Rahmen der vom Regime vorgegebenen Spielregeln organisieren, eigenen Klerus im Inland und erforderlichenfalls auch im Ausland ausbilden lassen, in begründeten Fällen ausländischen Klerus beschäftigen, problemlos Kirchen und andere kirchliche Einrichtungen errichten sowie die Jugendarbeit organisieren. Nicht möglich war dagegen offenes caritatives und diakonisches Wirken, hätte es aus der Sicht des Regimes doch auf die staatlichen Defizite hingewiesen.

Nach der von der US-amerikanischen Armee angeführten Invasion im Jahr 2003 geschah genau das, was schon zuvor befürchtet worden war. Den Christen wurde von vielen Irakern – nicht nur von Teilen der von Saddam Hussein unterdrückten schiitischen Bevölkerungsmehrheit, sondern auch von all jenen, die schon immer vorgaben Gegner und Opfer des Saddam-Regimes gewesen zu sein – vorgeworfen, sie seien Kostgänger des Diktators gewesen. Da viele Christen sich zudem nach der Invasion 2003 und dem anschließenden Zusammenbruch der staatlichen und zivilen Infrastruktur und der daraus resultierenden verbreiteten Arbeitslosigkeit bei den amerikanischen Truppen, ihren Koalitionären und zivilen Firmen im Dienst der Koalitionstruppen verdingten, sahen sie sich nunmehr dem Vorwurf ausgesetzt, dass sie sich als fünfte Kolonne der „christlichen“, weil „westlichen“ Koalitionäre betätigten und sich an deren „Kreuzzug“ beteiligten.

**Nach der von der US-amerikanischen Armee angeführten Invasion im Jahr 2003 geschah genau das, was schon zuvor befürchtet worden war. Den Christen wurde von vielen Irakern – nicht nur von Teilen der von Saddam Hussein unterdrückten schiitischen Bevölkerungsmehrheit, sondern auch von all jenen, die schon immer vorgaben Gegner und Opfer des Saddam-Regimes gewesen zu sein – vorgeworfen, sie seien Kostgänger des Diktators gewesen.**

Die Folgen sind bekannt. Zehntausende irakischer Christen fristen weiterhin ihr Dasein als Binnenflüchtlinge oder als Flüchtlinge in den Nachbarländern des Irak. Allen gemein ist ihre Perspektivlosigkeit – nicht nur weil sie Opfer von Gewalt geworden sind, ihr Hab und Gut, ihre Existenzgrundlage verloren haben, sondern auch weil niemand absehen kann, wie die Zukunft des Irak aussehen wird: Wird der Irak ein Einheitsstaat bleiben oder wird ein föderaler Staat mit einem schiitisch dominierten Bereich im Süden, einem sunnitisch dominierten Bereich in der Mitte und einem kurdisch-sunnitisch dominierten Bereich im Norden entstehen? Ob die Christen, die heute noch im Irak leben, dann noch dort bleiben können, kann heute niemand voraussagen. Genauso wenig

ist vorhersehbar, ob die Christen, die ihre Heimat verlassen haben, jemals dorthin zurückkehren können.

Zwischen dem Irak unter Saddam Hussein und Syrien unter der Herrschaft von Hafiz al-Assad und seinem Sohn Baschar

**Stützte sich Saddam Hussein im Irak auf die mit rund 40 Prozent Bevölkerungsanteil vergleichsweise große sunnitische Minderheit, wird das Regime in Syrien von der Minderheit der Alewiten getragen, die einen Bevölkerungsanteil von nur sechs Prozent hat. Ähnlich wie Saddam Hussein haben auch Hafiz al-Assad und sein Sohn Baschar die christliche Minderheit, die in der Mehrheit über einen vergleichsweise hohen Bildungsgrad verfügt, zur Stärkung der eigenen Machtbasis eingebunden.**

Hafiz al-Assad<sup>8</sup> gibt es eine für die Christen möglicherweise nicht ungefährliche Parallele. Stützte sich Saddam Hussein im Irak auf die mit rund 40 Prozent Bevölkerungsanteil vergleichsweise große sunnitische Minderheit, wird das Regime in Syrien von der Minderheit der Alewiten getragen, die einen Bevölkerungsanteil von nur sechs Prozent hat. Ähnlich wie Saddam Hussein haben auch Hafiz al-Assad und sein Sohn Baschar die christliche Minderheit, die in der Mehrheit über einen vergleichsweise hohen Bildungsgrad verfügt, zur Stärkung der eigenen Machtbasis eingebunden.

Wie im „alten“ Irak konnten und können sich die Christen auch in Syrien nicht gegen diese Vereinnahmung durch das Regime wehren.

#### **CHRISTEN IN SYRIEN**

In Syrien wird davon ausgegangen, dass sich das Regime – gestützt auf eine Vielzahl von Geheimdiensten – noch lange halten wird. Begründet wird diese Erwartung auch mit den Anzeichen einer Öffnung des Landes, die seit dem Amtsantritt des gegenwärtigen Präsidenten Baschar al-Assad im Jahr 2000 zu sehen und zu spüren sind. Neben einer vorsichtigen Liberalisierung der Wirtschaft spüren die Menschen in Syrien inzwischen größere individuelle Freiheit, dürfen Mobiltelefone nutzen und haben Zugang zum Internet. Logische Folge solcher Freiheiten ist aber auch, dass viele im Land – jene, die sich mit dem Regime arrangiert haben, aber auch jene, die das Regime stürzen wollen – die größeren Spielräume ausnutzen und das Regime nicht mehr jeden Vorstoß im Keim erstickt.

Ähnlich wie im Falle des „alten“ Irak kann man auch Syrien – nicht nur wegen des faktischen Missionsverbots und des

8 | Baschar Hafiz al-Assad (\*11. September 1965 in ad-Darbasija); am 10. Juli 2000 durch ein Referendum mit 97,29 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt und am 17. Juli vereidigt.



komplementär geltenden Konversionsverbots – nicht die Garantie individueller und kollektiver Religionsfreiheit zusprechen. Dennoch erfreuen sich die christlichen Kirchen eines gewissen Entfaltungsspielraums. Sie können sich im Rahmen der vom Regime vorgegebenen Spielregeln organisieren. Die Ausbildung des einheimischen Klerus erfolgt teils in Syrien, vor allem aber im Ausland. Andere in Syrien etablierte Kirchen können ihren Klerus ebenfalls im Ausland ausbilden lassen. In begründeten Fällen können die etablierten Kirchen auch ausländischen Klerus beschäftigen. Der Bau von Kirchen und anderen kirchlichen Einrichtungen ist ohne nennenswerte Einschränkungen möglich. In Einzelfällen stellt der Staat an neuen Siedlungsschwerpunkten den Kirchen sogar Land für den Bau von gemeinsamen Kirchen zur Verfügung. Meistens waren es in der Vergangenheit unüberbrückbare Interessengegensätze zwischen den Kirchen – etwa der griechisch-melkitisch-katholischen und der griechisch-orthodoxen –, die die Realisierung solcher Projekte scheitern ließen. Bis 1967 gab es eine Vielzahl kirchlicher Schulen, die durchwegs außerhalb unmittelbar staatlicher Kontrolle existierten. Der Staat hat damals den Versuch unternommen, diese Schulen durch die Einsetzung von Direktoren, die vom Erziehungsministerium entsandt wurden, unter seine Kontrolle zu bringen. Das hat bei einem Teil der kirchlichen Schulträger die Sorge genährt, der kirchliche Charakter dieser Schulen werde sich dann nicht mehr garantieren lassen, der Staat trachte vermutlich sogar danach, sich diese Schulen einzuverleiben. Insbesondere viele Schulen katholischer Ordensgemeinschaften wurden in der Folge „nationalisiert“ (verstaatlicht), nicht zuletzt, weil die kirchlichen Träger nicht bereit waren, vom Erziehungsministerium entsandte Direktoren zu akzeptieren. Die Erfahrungen anderer kirchlicher Schulträger zeigen deutlich, dass manche damals geäußerten Ängste katholischer Kreise unangebracht waren. Mittlerweile gibt es aber wieder eine große Zahl kirchlicher – auch katholischer – Schulen in Syrien, zumal es angesichts der minderen Qualität des staatlichen Schulwesens bei den an Bildung interessierten Teilen der Bevölkerung unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit eine große Nachfrage nach solchen Schulen gibt. Kirchliche Jugendarbeit ist möglich, wobei vom Staat größter Wert darauf gelegt wird, dass sich diese Arbeit thematisch auf die Vermittlung der kirchlichen Doktrin beschränkt. Nicht möglich ist dagegen offenes caritatives und diakonisches Wirken.

**Mittlerweile gibt es aber wieder eine große Zahl kirchlicher – auch katholischer – Schulen in Syrien, zumal es angesichts der minderen Qualität des staatlichen Schulwesens bei den an Bildung interessierten Teilen der Bevölkerung unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit eine große Nachfrage nach solchen Schulen gibt. Kirchliche Jugendarbeit ist möglich, wobei vom Staat größter Wert darauf gelegt wird, dass sich diese Arbeit thematisch auf die Vermittlung der kirchlichen Doktrin beschränkt. Nicht möglich ist dagegen offenes caritatives und diakonisches Wirken.**

Doktrin beschränkt. Nicht möglich ist dagegen offenes caritatives und diakonisches Wirken. Tatsächlich sind aber beispielsweise römisch-katholische Ordensgemeinschaften in zahlreichen Bereichen der Sozialarbeit (Behindertenfürsorge, Sorge um Frauen in Notlagen, Arbeit in Waisenhäusern, Gefangenenseelsorge u.a.) mit Wissen staatlicher Stellen und dem Segen vor allem der Ehefrauen höchster Repräsentanten des Staates tätig.

Wie gut sich die Beziehungen zwischen dem Regime und insbesondere dem griechisch-melkitisch-katholischen Patriarchat in den Jahren vor 2005 entwickelt hatten, zeigt die Tatsache, dass es in langen Verhandlungen zwischen der Staatsführung und dem damaligen griechisch-katholischen Patriarchalvikar in Damaskus, Erzbischof Isidore Battikha, zur Verabschiedung eines umfangreichen katholischen Gesetzbuches kam, das alle Fragen des Familienrechts, des Erbrechts, aber auch das Thema Adoption abschließend und mit Wirkung für alle Angehörigen der katholischen Kirchen abhandelte.<sup>9</sup> Dem Ansinnen des griechisch-orthodoxen Patriarchats, ein entsprechendes Gesetz für die orthodoxen Kirchen zu verhandeln und zu verabschieden, ist bislang nicht entsprochen worden, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass das Patriarchat nicht dazu bereit gewesen sein soll, ein eigenes Gesetz zu akzeptieren, in dem lediglich der Begriff „katholisch“ durch den Begriff „orthodox“ ausgetauscht worden wäre und das sich dann ähnlich geräuschlos hätte verabschieden lassen wie das „katholische Gesetz“. Mittlerweile muss man aber selbst um das „katholische Gesetz“ fürchten. Die Öffnung Syriens und die dadurch eingeräumten Freiheitsräume werden auch vom sunnitischen Establishment zusehends genutzt, ohne dass dies unmittelbare und harsche Reaktionen der alewitischer dominierten Staatsführung hervorrufen würde. So hat es aus Kreisen des staatstreuen sunnitischen Establishments 2009 den Versuch gegeben, die Staatsführung zu veranlassen, das „katholische Gesetz“ wieder zu kassieren. Lautstarke Proteste aus katholischen Kirchenkreisen, die von einem Teil der Medien transportiert wurden, haben die Staatsführung allerdings veranlasst bzw. in die Lage versetzt, dem Ansinnen des staatstreuen sunnitischen Establishments nicht stattzugeben.

9 | Verhandlungsführerin war die wichtigste und zahlenmäßig größte katholische Kirche, die griechisch-(melkitisch)-katholische Kirche. Das Gesetzbuch sollte aber Wirkung für alle Angehörigen aller katholischen Kirchen haben.

Aus katholischen Kreisen ist aber zu hören, dass man das nur als vorläufigen Sieg bewerten dürfe.

### **CHRISTEN IM LIBANON**

Eingangs habe ich aus dem Buch *Vie et Mort des Chrétiens d'Orient* des französischen Historikers und Diplomaten Jean-Pierre Valognes zitiert, der die Frage nach der Zukunft der Christen im Nahen Osten mit der lapidaren Feststellung beantwortet, „ohne den Bezugspunkt Libanon, wo sie sich erhobenen Hauptes bewegten, werden sie sich an den vorherrschenden Wertvorstellungen orientieren müssen und aufhören, sich zuerst als Christen zu verstehen“. Vor dem Hintergrund dieser ernüchternden Feststellung stellt sich die Frage, ob und wenn ja warum den Christen der Bezugspunkt Libanon verloren gegangen ist.

Von 1975 bis 1990 herrschte im Libanon Bürgerkrieg. Dabei kam es anfangs vor allem zu Kämpfen zwischen der Libanesischen Nationalbewegung (Mouvement national libanais), einem Zusammenschluss muslimischer, palästinensischer und linker Kräfte, und der Libanesischen Front (Forces Libanaises) aus christlichen, vor allem maronitischen Gruppen. Im weiteren Verlauf bekämpften sich ständig wechselnde Koalitionen unterschiedlicher religiöser und politischer Anschauungen, wobei die Gegner von gestern zu Partnern und neuerlich zu Gegnern werden konnten. Warum der Bürgerkrieg ausbrach und wer ihn anzettelte, ist im Rückblick kaum zu klären. Sicher ist aber, dass es für viele Christen im Libanon, die das jahrzehntelange Machtgerangel der christlichen Clans der Gemayels u.a. satt hatten, am Ende des Krieges, am 13. Oktober 1990, einen Hoffnungsträger gab: Michel Aoun. Dieser verteidigte beim Einmarsch der Israelis 1982 den Präsidentenpalast in Baabda gegen die Invasionstruppen und weigerte sich nach dem Einmarsch, mit den Israelis zusammenzuarbeiten. Einer seiner Kontrahenten war damals Elie Hobeika, Mitglied der Falange-Miliz und Befehlshaber der Libanesischen Front. Aoun wurde 1983 Oberbefehlshaber der neu aufgebauten libanesischen Armee. Im September 1988 ernannte der scheidende christliche Präsident Amin Gemayel Aoun zum Übergangs-Ministerpräsidenten. Das wurde von den Sunniten – ihnen steht nach dem so genannten Nationalpakt von 1943 das Amt des Ministerpräsidenten zu – und einem Teil der Schiiten abgelehnt. Aoun konnte sich aber die Unterstützung des vormaligen schiitischen Verteidigungsmini-

nisters Adel Osseiran und vieler christlicher und muslimischer Studenten und Jugendlicher sichern. Am Ende des Bürgerkriegs befehligte Aoun eine Armee von 12.000 bis 15.000 Soldaten und führte sie in den Kampf mit den kaum weniger starken Forces Libanaises. Dass er 1989 schließlich auch noch Syrien, das sich als Besatzungsmacht zu etablieren begann, den Krieg erklärte, führte zwar zur neuerlichen Spaltung der libanesischen Armee, steigerte aber die Popularität Aouns nicht nur bei den Christen, sondern auch bei vielen Muslimen. Da er sich jedoch im Streit um das von Saudi-Arabien und den Großmächten arrangierte Taef-Abkommen, das den Nationalpakt von 1943 fortschreiben sollte, mit den USA überwarf, blieb ihm im Oktober 1990, als Syrien und seine libanesischen Alliierten den Präsidentenpalast in Baabda stürmten, nur die Flucht und das Exil in Frankreich. Letzteres sollte rund 15 Jahre dauern. Von Paris aus betrieb er bis zu seiner Rückkehr eine Politik gegen die Besatzung Libanons durch Syrien. Aoun kehrte nach dem Abzug der Syrer im Frühjahr 2005 aus dem Exil zurück und übernahm die Führung der von ihm bereits im Exil gegründeten Freien Patriotischen Bewegung (Courant patriotique libre/CPL), mit der er sich auch an den Parlamentswahlen 2005 beteiligte. Aouns CPL konnte 15 der 128 Sitze im libanesischen Parlament erringen und sich zudem die Unterstützung von sechs unabhängigen Abgeordneten sichern, womit er insgesamt rund 60 Prozent der christlichen Wählerstimmen auf sein Lager vereinen konnte.

Eine überraschende und für die Zukunft der Christen im Libanon wahrscheinlich im negativen Sinne entscheidende Wende nahm Aouns politisches Engagement durch den Abschluss eines Bündnisses mit der schiitisch-islamistischen Hisbollah, den er damit begründete, dass er damit bessere Aussichten für seine Ziele schaffen wolle. Aoun selber würde sich einer solchen Interpretation natürlich nicht anschließen, sondern würde behaupten, dass sein Projekt darauf abzielt, die Rolle der Christen zu stärken. Dabei dürfte es ihm schlicht darum gegangen sein, sich der Unterstützung der Hisbollah für seine eigene Wahl zum Staatspräsidenten des Libanon, der nach dem Nationalpakt ein maronitischer Christ sein muss, zu versichern. Tatsächlich wurde am 25. Mai 2008 aber der vormalige Generalstabschef Michel Sulaiman zum neuen libanesischen Präsidenten gewählt. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2009 errang Aouns CPL 27 Sitze und schaffte es im Parlament mit Unterstützung von 16 weiteren christlichen

Abgeordneten, eine eigene Gruppe zu bilden. Entscheidend ist bei all dem nicht die Tatsache, dass sich Michel Aoun durch seine Kollaboration mit der Hisbollah in den Augen vieler Christen vom Heilsbringer zum Verräter an der Sache der Christen entwickelt hat, sondern dass die maronitische Kirche dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten hat. Die maronitische Kirche gilt im Libanon im Hinblick auf die Interessen der Christen immer noch als allein entscheidend. Der Fall Aoun zeigt aber, wohin das führen kann. Insbesondere wenn die allein entscheidende Kirche von einem Patriarchen geführt wird, der möglicherweise nicht nur wegen seines fortgeschrittenen Alters – Patriarch Sfeir wird bald 90 Jahre alt – nicht mehr in der Lage sein wird, den Christen im Libanon die Richtung vorzugeben. Patriarch Sfeir hat sich bis zuletzt immer wieder zur aktuellen Tagespolitik geäußert, etwa als er im Vorfeld der Parlamentswahl die Christen zu Harmonie und Verständnis aufrief und forderte, die Hisbollah nicht zu wählen oder gar sie zu entwaffnen.

Der Bürgerkrieg des Libanon bedeutet daher für die Christen einen tiefen Einschnitt. Wie das Land insgesamt, so haben auch die Christen nach dem Bürgerkrieg nicht mehr zu ihrer vormaligen Bedeutung zurückgefunden. Der Bürgerkrieg hat zu einem massiven Aderlass der christlichen Bevölkerung geführt, die mit einem Anteil von 35 bis 40 Prozent schon lange nicht mehr die Bevölkerungsmehrheit des Landes stellt. Damit gehen Entwicklungen in der Staatsverwaltung – etwa im Bereich der Schulverwaltung und der Gesundheitsverwaltung – einher, die der für die Zukunft des Landes nach wie vor bedeutenden Rolle der christlichen Kirchen im Bereich des Bildungswesens und der Gesundheitsfürsorge nicht gerecht werden. Mehr und mehr sind diese Einrichtungen, die in vielen Fällen zentrale Aufgaben des maroden staatlichen Bildungs- und Gesundheitswesens substituieren, auf sich selbst gestellt und von staatlichen Transferleistungen abgekoppelt. Angesichts einer seit dem Bürgerkrieg stetig weiter abnehmenden christlichen Bevölkerung – die Reichen gehen, die Armen bleiben zurück – ist mittelfristig das Überleben vieler kirchlicher Einrichtungen nicht mehr gesichert. Damit wird auch für die Christen, die dem Land noch nicht den Rücken gekehrt haben, eine Zukunft im Libanon immer schwerer vorstellbar.

**Der Bürgerkrieg des Libanon bedeutet daher für die Christen einen tiefen Einschnitt. Wie das Land insgesamt, so haben auch die Christen nach dem Bürgerkrieg nicht mehr zu ihrer vormaligen Bedeutung zurückgefunden. Der Bürgerkrieg hat zu einem massiven Aderlass der christlichen Bevölkerung geführt, die mit einem Anteil von 35 bis 40 Prozent schon lange nicht mehr die Bevölkerungsmehrheit des Landes stellt.**

Die drei hier vorgestellten Länderbeispiele Irak, Syrien und Libanon zeigen somit deutlich, dass man angesichts der gegenwärtigen Situation der Christen im Nahen Osten tatsächlich befürchten muss, dass die eingangs zitierten Befürchtungen des französischen Historikers und Diplomaten Jean-Pierre Valognes sich erfüllen könnten. Es ist kaum zu erwarten, dass sich westliche Politiker grundlegend mit den damit verbundenen Entwicklungen befassen werden. Nicht zuletzt deshalb muss man im Interesse des Fortbestehens christlicher Präsenz im Nahen Osten, die auch von vielen Muslimen als dringend wünschenswert erachtet wird, hoffen, dass die Ergebnisse der von Papst Benedikt XVI. für Oktober 2010 einberufenen Nahost-Bischofssondersynode auch über die Kirche hinaus Beachtung finden werden.